

Proben für die GroKo

Familiennachzug bleibt vorerst ausgesetzt / Auch an anderen Stellen hakt es noch kräftig

VON CHRISTIANE JACKE
UND JÖRG BLANK

BERLIN. Es ist ein Vorgeschnack auf das, was kommen könnte. Für viele ein bitterer Vorgeschnack – nicht nur in den Reihen der wohl künftigen Opposition. Im Bundestag führten Union und SPD gestern einen Akt vorkoalitionärer Disziplin auf. Einiges dabei erinnert an einen Mechanismus aus den schwarz-roten Jahren: Die SPD lässt sich von der Union zu einer weiteren Restriktion in der Asylpolitik breitschlagen, tut sich schwer damit, das den eigenen Leuten zu erklären und flüchtet sich in den Ausweg, die Sache einfach anders darzustellen als die Union. Das Resultat: frustrierte Genossen und zerstrittene Partner. Halbzeit bei den Koalitionsverhandlungen.

Die asylpolitische Restriktion ist in diesem Fall die verlängerte Aussetzung des Familiennachzugs. Wäre nichts passiert, hätten auch Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus ab März wieder enge Angehörige nachholen können. Das wollten CDU und CSU unbedingt verhindern. Nun müssen die Flüchtlinge weitere vier-einhalb Monate warten. Und ab 1. August sollen auch nur ausgewählte Menschen aus der Gruppe – höchstens 1000 im Monat – die Möglichkeit dazu bekommen. Plus Härtefälle. So zumindest laut der grobe Plan, den Union und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen vereinbart haben.

Die verlängerte Aussetzung ist nun im Parlament beschlossen – die SPD hat der CDU/CSU dafür die nötige Mehrheit organisiert. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte



aus Eversen sprach von einem Durchbruch. „Mit dieser Begrenzung der Zuwanderung leisten wir einen Beitrag zur besseren Integration und zusätzlichem Raum für echte Härtefälle“, kommentierte er das Abstimmungsergebnis.

In der Union wird es als positives Zeichen gewertet, dass es bei den Sozialdemokraten am Ende nur zehn Nein-Stimmen gab – weniger, als ursprünglich erwartet. Die Details zur Neuregelung ab August müssen nun noch geklärt werden. Ob die SPD dann das Ergebnis bekommt, das sie ausgehandelt hat, muss sich erst noch zeigen.

Denn wenn aus der GroKo nichts wird, wird wohl auch aus dem neuen Gesetz nichts.

Einige Genossen sind wütend darüber, dass ihre Partei so in Vorleistung geht. Und einige Genossen sind vor allem enttäuscht über den Kompromiss. SPD-Chef Martin Schulz hatte eine „weitergehende Härtefallklausel“ versprochen. Bekommen hat er, dass die bestehende Klausel weiter gilt und nicht auf die 1000 Menschen pro Monat angerechnet wird. Ob er damit den SPD-Mitgliederentscheid übersteht?

Der Kompromiss vom Familiennachzug hätte ein Sig-

nal der Einigkeit sein können – zur Halbzeit der Koalitionsverhandlungen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die SPD bejubelt beharrlich ihre „weitergehende“ Härtefallklausel, während vor allem die CSU darauf pocht, dass es eine klare Begrenzung der Zuwanderung gebe.

Auch an anderen Stellen hakt es noch kräftig – vor allem bei den beiden anderen Kernforderungen der SPD: Jobbefristungen und Besserstellung gesetzlich Versicherter gegenüber den Privatversicherten. Bei beiden Themen werde es in den Schlussverhandlungen,

die über das ganze Wochenende hinweg angesetzt sind, noch sehr schwierig, heißt es in der Union. Nicht nur die Sozialdemokraten müssten auf ihre Basis achten, auch bei CDU und CSU sei der sachliche Verhandlungsspielraum nicht unbegrenzt.

Das gilt auch deshalb, weil es nicht nur für Schulz, sondern auch für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und CSU-Chef Horst Seehofer in den nächsten Tagen quasi um das politische Überleben geht. Alle drei sind angeschlagen – und können sich ein Scheitern der Verhandlungen kaum erlauben.